

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung

vom

6. 10. 2011

TOP 1

Erster Tagesordnungspunkt der Sitzung war eine Aktuelle Stunde der ÖVP unter dem Titel „Regionalförderung – das Erfolgsmodell der Vergangenheit und die Chance für die Zukunft“.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl unterstreicht, dass sich jene Politiker, welche die Regionalförderung eingeführt haben, bei dieser Sache etwas gedacht haben. Die FPÖ sage ein klares Ja zur Regionalförderung, jedoch müsste begleitend zu dieser ein Ausbau der ländlichen Infrastruktur erfolgen. Eines könne nämlich nicht sein: Dass auf der einen Seite Nebenbahnen von der ÖVP geschlossen werden und auf der anderen Seite in den Tourismus investiert wird, dies sei ein krasser Widerspruch. Vor allem das Waldviertel werde bei der Unterstützung der Regionen stiefmütterlich behandelt. Betriebsansiedlungen sind in dieser Region nahezu unmöglich, da die ÖVP längst fällige Straßenprojekte vernachlässigt. Weiters dürfe diese Förderung nicht für Prestigeobjekte missbraucht werden, wie beispielsweise in Heidenreichstein. Diese Stadtgemeinde wurde durch ein derartiges Projekt ‚die „Anderswelt“, zur Sanierungsgemeinde und beide Parteien, ÖVP wie SPÖ, wiesen die Verantwortung für dieses Debakel von sich. So kann es nicht sein, Förderung der Regionen muss zweckmäßig erfolgen. Die Freiheitlichen stehen für ein klares Ja zu einer sinnvollen Förderung der Regionen!

TOP 2

Es folgte eine Aktuelle Stunde der FPÖ zum Thema „Ja zu Niederösterreich- Unser Geld für unsere Leut“.

Für LAbg. Christian Hafenecker haben die NÖ Bürger ein Recht zu erfahren, was mit ihren Steuergeldern passiert. Daher müsse man auch die im Nationalrat beschlossene Aufstockung des Euro-Rettungsschirms hier im NÖ Landtag diskutieren, da diese auch in der NÖ Landesregierung von Schwarz und Rot abgesegnet wurde. Überhaupt seien die Griechen nicht unverschuldet in die Krise geschlittert, denn der gesamte Staat habe weit über seine Verhältnisse gelebt. Mit dem Euro-Rettungsschirm würden nur die Banken, welche für die Eurokrise maßgeblich mitverantwortlich seien, gerettet, den griechischen Staat hingegen könne man nicht mehr vor einer Pleite bewahren. Überhaupt steigt durch die Erhöhung der Griechenlandhilfe der Schuldenstand des Landes NÖ immens, dies lassen ÖVP und SPÖ dann die Bürger, und besonders die Jugend, ausbaden. Man müsse sich vor Augen führen, dass der Niederösterreich-Anteil an den österreichischen Haftungen 5,4 Milliarden Euro betrage. Der Abgeordnete appelliert daher an die Jungen, den ihnen von Schwarz-Rot umgeschallten Schuldenrucksack abzulegen und diese Politiker in den Ruhestand zu schicken! NÖ Steuergelder müssen den NÖ Bürgern zugeführt werden! Die FPÖ sagt daher ganz deutlich: Unser Geld für unsere Leut'!

Klubobmann Gottfried Waldhäusl meint, dass der Ausspruch „Unser Geld für unsere Leut“ von jenen Politikern stamme, die sich der Zukunft Österreich wirklich annehmen. Die für das Ende der Sitzung festgelegte Debatte um die Einführung einer neuen Steuer sei der Beweis dafür, dass ÖVP und SPÖ sich jenes Geld, das sie den Griechen nachwerfen, wieder bei den Steuerzahlern zurückholen wollen. Doch als es darum ging, NÖ Steuergelder vor einer Ver-

senkung in Pleitestaaten zu bewahren, da mimte LH Pröll den großen Schweiger. Gerade hier wäre Kritik angebracht gewesen! Vielmehr sollte man anstatt der Griechenhilfe mehr finanzielle Mittel in die Unterstützung der heimischen Familien, Pendler und Pflegebedürftigen investieren, denn diesen Menschen muss in Zeiten der umfassenden Teuerung beigestanden werden! Waldhäusl fordert daher, dass über die Aufstockung der Griechenhilfe eine Volksabstimmung abgehalten werden müsse, wie es von Bundeskanzler Werner Faymann in der Vergangenheit, als es darum ging den Vertrag von Lissabon durchzupeitschen, angekündigt wurde.

LAbg. Ing. Martin Huber stellt klar, dass es sich beim Euro-Rettungsschirm lediglich um einen Bankenrettungsschirm handle. Es könne nicht sein, dass NÖ Steuergeld diesen Geldinstituten, welche sich fundamental verspekuliert haben und für die Euro-Krise mitverantwortlich seien, in den Rachen geworfen werde. Das Volk habe das Recht, selbst darüber zu entscheiden, ob ihr Steuergeld an Pleitestaaten veräußert wird, daher sei auch eine Volksabstimmung das Gebot der Stunde.

TOP 3

- [Markterhebung Groöbersdorf](#)

LAbg. Christian Hafenecker gratuliert der Gemeinde Groöbersdorf zur Markterhebung. Eine Aufwertung von Gemeinden sei stets zu begrüßen.

TOP 4

- [Jahresbericht 2010 zu NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds und Niederösterreich-Werbung GmbH](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl kündigt die Zustimmung der freiheitlichen Fraktion zu diesem Bericht an. Die Tourismusinvestitionen würden Früchte tragen, beispielsweise im Wintersportbereich. Da Urlaube in Westösterreich immer teurer werden, würden viele Familien aus Niederösterreich lieber ein paar entspannende Tage in ihrem Heimatbundesland verbringen. Träger dieser freudigen Entwicklung seien vor allem die heimischen Klein- und Mittelbetriebe, die unzählige Arbeitsplätze sichern und auf die wir daher stolz sein könnten. Leider würden diese aber immer mehr von den schwarz-roten Raubrittern ausgebeutet werden. Beispielsweise wurde niederösterreichweit die Schanigartenabgabe, welche Gastwirte für das Betreiben eines Gastgartens zu entrichten haben, massiv erhöht. In manchen Gemeinden sogar um bis zu 5000 Prozent. Der Klubobmann hat daher ein Wirte-Sicherungspaket erstellt, in dem er unter anderem eine Rücknahme dieser Abgabenerhöhung forderte. Weiters ist darin ein Nein zur geplanten Einführung einer Alkoholsteuer enthalten sowie die Schaffung von Rechtssicherheit bezüglich des Tabakgesetzes. Dieses Entlastungspaket für die NÖ Wirte wurde im Landtag von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Die Freiheitlichen stehen klar auf der Seite der NÖ Klein- und Mittelbetriebe!

TOP 5

- [Änderung des NÖ Landes-Stiftungs- und Fondsgesetzes](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

TOP 6

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992 \(LWO\)](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

- [Änderung der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 \(NÖ GRWO 1994\)](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

KO Waldhäusl kritisiert, dass sich ÖVP-Klubobmann Schneeberger nicht an Vereinbarungen halte. Im Jänner 2011 habe man sich auf Betreiben der FPÖ hin zu einer Reparatur der Briefwahl entschlossen und diese dann auch im Landtag einem einstimmigen Beschluss zugeführt. Jetzt, im Oktober, gelte dieser Beschluss nichts mehr und Schwarz und Rot weichen die Wahlordnung weiter auf, um ihren Parteibriefträgern wieder einen Freibrief zu erteilen. Die Freiheitlichen werden derartigen demokratiepolitisch bedenklichen Vorgängen auf keinen Fall die Zustimmung erteilen! Der Klubobmann kündigt auch an, dass es angesichts dieser Gesetzesänderung wieder zu Missbräuchen und damit zu Wahlanfechtungen kommen wird.

LAbg. Benno Sulzberger bekräftigt die Ablehnung dieser Gesetzesänderungen durch die freiheitliche Fraktion. In der Vergangenheit habe man bei derartigen Entscheidungen immer einen Vier-Parteienkonsens bevorzugt, jetzt arte jedoch der Machtausch der Pröll-ÖVP und der Leitner-SPÖ vollends aus. Das geheime und persönliche Wahlrecht sei eines der wichtigsten Bürgerrechte und darf nicht dem Selbstzweck vollkommen abgehobener Parteien geopfert werden!

TOP 7

Die hier angeführten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 \(NÖ SHG\)](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Aufhebung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 \(NÖ PGG\)](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [NÖ Sozialbericht 2010](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

*FPÖ-Antrag: „[Änderungen im jährlichen Sozialbericht des Landes NÖ](#)“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FPÖ-Antrag: „[Aufhebung der geänderten Auszahlungsregelungen bezüglich 13. und 14. Pension](#)“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

*FPÖ Antrag: „[Anpassung des jährlichen Pflegegeldes](#)“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

- [Änderung der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gem. Art. 15a B-VG über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Edmund Tauchner kritisiert die salbungsvollen Worte des Herrn Landeshauptmannes, welche auf sehr viele NÖ Bürger nicht zutreffen. Mangelhaft am Sozialbericht sei, dass nicht jene Höhe der Sozialleistungen aufgezeigt werde, welche an Einwanderer ausbezahlt werden. Dies sei unbedingt in Erfahrung zu bringen, um den Niederösterreichern Kostenwahrheit zu verschaffen, dazu bringt der Abgeordnete einen dementsprechenden Antrag ein. Tauchner kritisiert auch, dass aus dem Sozialbericht nicht hervorgehe, wie viele Menschen durch Gebührenerhöhungen in die Armutsfalle getrieben werden. Hinzu käme noch die von Schwarz und Rot beschlossene spätere Auszahlung der 13. Und 14. Pension, die vor allem im Hinblick auf die Teuerung das unsoziale Sittenbild von SPÖ und ÖVP aufzeige, denn viele Pensionisten würden diese zum Einkauf von Heizmitteln verwenden. Um diesen Misstand zu bekämpfen bringt der Abgeordnete auch hierfür einen Antrag ein. Weiters wurde seit dem Jahr 1993 das Pflegegeld nur geringfügig erhöht, eine Anpassung an aktuelle Kostenverhältnisse ist unabdingbar und wird von den Freiheitlichen per Antrag gefordert. Die FPÖ wird dem Sozialbericht 2010 nicht zustimmen!

TOP 8

- [Bericht des Rechnungshofes über Dienstrechtsreform sowie Zulagen und Nebengebühren der Landesbediensteten; Liegenschaftsgebarung der Stadt Krems an der Donau – Ankauf der Liegenschaft Grundstück Nr. 277/1](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Bericht des Rechnungshofes über Verträge der geschäftsführenden Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen \("Managerverträge"\)](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [FPÖ-Antrag „Erlassung einer Vertragsschablonenverordnung – Veröffentlichung der Managergehälter“](#): **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP
- [Bericht des Rechnungshofes über Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte sowie über Kooperation und Abstimmung der Leistungserbringung der Krankenanstalten Hainburg und Kittsee](#)

Abstimmung: **Einstimmig angenommen**

- [Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 11 der XVII. Gesetzgebungsperiode](#)

Abstimmung: **Einstimmig angenommen**

FPÖ-Antrag „[Anpassung der Dienstanweisung „Straßen- und Brückenbau“ an die Dienstanweisung "Hochbauvorhaben"](#)“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP

KO-Stv. Erich Königsberger kritisierte, dass die VP-Landtagsabgeordnete und Kremser Bürgermeisterin Rinke in ihrer Stadt nicht im Geringsten für Aufklärung um einen vollkommen überbeuerten Grundstückskauf gesorgt hat. (Anm.: Die Stadtgemeinde Krems hatte in Weinzierl ein Grundstück um mehr als 4 Millionen Euro gekauft, obwohl es nur rund 85 000 Euro wert ist, alleine die Grunderwerbssteuer betrug hier 138 000 Euro). Überhaupt sei Krems die Modellregion Niederösterreichs, nämlich für Dilettantismus und Misswirtschaft. Bürgermeisterin Rinke habe nichts zur Trockenlegung des Geldvernichtungssumpfes beigetragen. Königsberger fragt sich diesbezüglich, warum die Ermittlungen den umstrittenen Grundstückskauf betreffend von der STA ohne Anhörung von Zeugen beendet wurden. Einziger erfreulicher Umstand an der schwarzen Misswirtschaft in Krems sei die Tatsache, dass sich bei der nächsten Gemeinderatswahl die Mandate der ÖVP genauso in Luft auflösen werden wie das Geld der Kremser Bürger.

Der Abgeordnete nimmt weiters Bezug auf die hohen Managergehälter in landesnahen bzw. landeseigenen Betrieben, diese rangieren nach jenen des Bundes an zweiter Stelle. Die Bürger hätten jedoch ein Recht darauf zu erfahren, wie viel diese Manager verdienen. Der Transparenz wegen forderte Königsberger die zukünftige Offenlegung der Managergehälter. Es ist auch unabdingbar, dass das Land NÖ eine Vertragsschablonenverordnung erlässt, welche die Anforderungen und Aufgaben der Manager regelt, was KO-Stv. Erich Königsberger auch per Antrag fordert.

Weiters zeige der Rechnungshofbericht auf, dass das Land NÖ die Dienstanweisung Straßen- und Brückenbau der Dienstanweisung Hochbau anpassen müsse. Der NÖ Landtag habe nämlich 1990 einen Beschluss gefasst, der eine Befassung des Landtages nicht nur bei Hochbauten, sondern auch bei Straßen- und Brückenbauprojekten, deren Kosten 3,5 Mio. Euro übersteigen, vorsieht und diesen mit Vorlage der dementsprechenden Unterlagen informiert. Königsberger bringt daher einen Antrag ein, der von der Landesregierung eine zwingende Einhaltung dieses Landtagsbeschlusses von 1990 einfordert.

LAbg. Ing. Martin Huber meint, dass der Transport von Patienten über die Landesgrenzen hinweg durch Probleme behindert werde. Man müsse hier zu einer möglichst patientenfreundlichen Lösung kommen. Parteipolitische Differenzen zwischen SPÖ und ÖVP dürfen nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden!

Für Klubobmann Gottfried Waldhäusl müssten die Sonderfinanzierungen beim Hochbau hinterfragt werden, wie dies auch der Rechnungshof aufgezeigt habe. Bei der Höhe der Managerdienstverträge agiere die ÖVP mit einer unübertrefflichen Scheinheiligkeit. Auf der einen Seite fordere LH Pröll eine höhere Besteuerung von Spitzenverdienern und auf der anderen Seite erhalten Manager in landeseigenen Betrieben derart hohe Gagen, dass sie nur noch vom Bund übertroffen werden. Pröll solle endlich offenlegen, wie viel seine Manager verdienen, das ist er der Bevölkerung schuldig!

TOP 9

- [ÖVP-Antrag: Eigene Mautkategorie für Autobusse](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, FPÖ, Ablehnung SPÖ, Grüne*

TOP 10

- [Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Archivgesetz 2011](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

LAbg. Benno Sulzberger ist der Meinung, dass ein NÖ Landesarchivgesetz geschaffen werden müsse. Die Kultur stelle eine wichtige Säule im gesellschaftlichen Leben Niederösterreichs dar, wodurch die Einrichtung eines Archivs als Nachschlageort für die Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur auch von der FPÖ begrüßt werde.

TOP 11

- [SPÖ-Antrag: Änderung der Geschäftsordnung - LGO 2001 \(Rederecht für EU-Abgeordnete\)](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, FPÖ*

FPÖ-Europasprecher Edmund Taucher bezeichnet diesen Antrag als verzichtbar und vollkommen verfehlt. Das Rederecht für EU-Parlamentarier würde nicht mehr Demokratie bringen, vielmehr sollte sich das Land wieder mehr Kompetenzen aus der EU zurückholen. Auch könne man die schwindende Akzeptanz der EU in der Bevölkerung dadurch nicht bekämpfen, denn für diese seien einzig und allein die Eurokraten selbst verantwortlich. Die EU-Abgeordneten sollen die Interessen Niederösterreich in Brüssel vertreten und nicht umgekehrt! Die FPÖ lehnt diesen Antrag daher ohne Umschweife ab.

TOP 12

- [Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

TOP 13

Die folgenden beiden Tagesordnungspunkte wurden bei gemeinsamer Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [SPÖ-Antrag: Einführung einer stärkeren Besteuerung von großen Vermögenswerten und hohen Einkommen](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, FPÖ*

- [ÖVP-Antrag: Rasche Durchführung einer Steuerreform zur Entlastung des Mittelstandes und befristeter Einführung einer erhöhten Steuer für Superverdiener, aber keine Vermögenssteuer](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

Klubobmann Gottfried Waldhäusl ortet den eigentlichen Grund für die Debatte um neue Steuern in der Griechenlandhilfe bzw. in der Aufstockung des Euro-Rettungsschirms. Es könne nicht sein, dass die Bürger dafür blechen müssen, dass schwarz-rote Politiker den EU-Pleitestaaten Milliarden nachwerfen. Die FPÖ spricht sich gegen jegliche Steuererhöhungen, egal welche Bevölkerungsschicht davon betroffen ist, aus, solange Volksvermögen außer Landes geschafft und EU-Pleitestaaten in den Rachen geworfen wird. Die Forderung von LH Pröll nach einer befristeten Steuer für Superverdiener sei ein populistischer Polit-Schmäh der Sonderklasse. Die Zielgruppe der Superreichen sei derartig winzig, dass kein wirklicher Effekt für das Budget zu erzielen sei. Außerdem würden diese ihr Vermögen in Stiftungen horten, auf welche der Fiskus dank SPÖ sowieso keinen Zugriff habe. Geschröpft werden wieder einmal nur der Mittelstand und damit die Leistungsträger unseres Landes. Dieser dürfe nicht Mehrbelastungen, sondern müsse eine Entlastung erfahren. Außerdem wurde im Regierungsübereinkommen 2008 von SPÖ und ÖVP festgeschrieben, dass keine neuen Steuern eingeführt, sondern sogar Abgabensenkungen durchgeführt werden sollen! Die Einführung eines Familiensteuersplittings, eine Reduktion der Umsatzsteuer auf Lebensmittel sowie eine Senkung der Mineralölsteuer wären Ansätze zur Entlastung des Mittelstandes!

ENDE DER SITZUNG!

